

FDP

Wachstum, Freiheit, Wohlfahrt: Dafür stehen wir ein.¹

1. Unsere Wirtschaft braucht mehr Freiheit für Wachstum!
2. Mehr Selbstverantwortung, weniger Vollkaskoschutz!
3. Gesund bleiben und werden zu tragbaren Kosten!
4. Eigentum garantieren und fördern!
5. Leistungsfähige Schulen, leistungsfördernde Bildung!
6. Forschung fördern, Chancen geben, Zukunft sichern!
7. Liberale Anreize zum Schutz der Umwelt!
8. Flüssiger Privatverkehr, attraktiver öffentlicher Verkehr!
9. Migrationspolitik mit Augenmass und Verstand!
10. Bessere Chancen für Freiwilligenarbeit und Milizsystem!
11. Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum!

Das wollen wir, dafür stehen wir ein:

11 Punkte für mehr Freiheit, weniger Staat!

¹ Positionspapier des Vorstands der FDP des Bezirks Meilen vom 1. März 2004

1. Unsere Wirtschaft braucht mehr Freiheit für Wachstum!

Die Wirtschaft – das sind wir alle: Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Unternehmer und Investoren. Käufer und Verkäufer. Mieter und Vermieter. Wir alle wollen, dass es der Wirtschaft gut geht – und dass es uns gut geht!

Die Schweiz leidet seit Jahren an Wachstumsschwäche. Wächst die Wirtschaft nicht, so kommt es zum Stillstand. Stillstand heisst Rückschritt. Rückschritt führt zu Verlust an Gewinn und Substanz. Die Schweiz braucht dringend Wachstum, sonst zehrt sie ihre Substanz auf.

Die Schweiz braucht mehr Wettbewerb innerhalb der Schweiz. Freier Wettbewerb zwingt zur Kostensenkung und Innovation. Wettbewerb führt zu marktgerechten Preisen. Kartelle, gesetzliche Eingriffe und bürokratische Hürden behindern den Wettbewerb. Immer noch! Verbote, Bewilligungspflichten, Preiseingriffe, Werbebeschränkungen und nicht (mehr) begründete Hindernisse sind zu beseitigen – überall dort, wo freier Wettbewerb und Selbstverantwortung effizienter zum Ziel führen als staatlicher Zwang. Wo immer möglich sollen Sicherheit und Qualität der Produkte und Dienstleistungen die Konsequenz harten Wettbewerbs sein.

Der weltweite Wettbewerb zwingt zu offenen Landesgrenzen. Ob Maschinen-, Chemie-, Lebensmittel-, Elektronik- oder Textilindustrie, ob Banken, Versicherungen, Hotellerie oder andere Dienstleistungen – in allen Branchen fordert die internationale Konkurrenz die Schweizer Unternehmen aufs härteste heraus. Entscheidend für ihren Erfolg ist der freie Verkehr für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen über die Grenzen hinweg.

Die Steuer- und Zwangsabgabenlast der Unternehmen und Bürger ist zu senken. Je weniger Geld der Fiskus abschöpft, desto mehr steht für Konsum und Investitionen zur Verfügung. Je geringer die Steuer- und Abgabenlast, desto höher das Interesse, gewinnbringend zu investieren. Davon profitieren alle!

Der Staat kostet viel zu viel! Soll er weniger kosten, so muss er in erster Linie Tätigkeiten einstellen, mit denen er die Privatwirtschaft behindert und verdrängt. Verzichten muss der Staat insbesondere auf die sogenannte "Leistungsverwaltung": Viele Leistungen, die der Staat und seine Monopolbetriebe heute noch allein anbieten (Transport, Energie usw.), erbringt die Privatwirtschaft im Wettbewerb effizienter und kostengünstiger. Die Staatsquote ist in den letzten Jahren massiv angeschwollen. Sie muss dringend eingedämmt werden, je rascher und wirksamer, desto besser für das Wirtschaftswachstum. Wird hier nicht durchgegriffen, so sinkt auch die Staatsquote nicht - und schwindet der Steuervorteil unseres Landes vollends dahin!

Staatsschulden abbauen. Die ungedeckten Staatsausgaben und Staatsschulden belasten die Wirtschaft mit hohen Steuern. Sie schränken den Handlungsspielraum des Staates dort ein, wo er im Interesse der Öffentlichkeit nötig ist: bei den ureigensten Staatsaufgaben (Sicherheit, Bildung u.a.). Die Staatsverschuldung muss mit gezielter und wirkungsvoller Ausgabenreduktion abgebaut werden – ohne neue Steuern oder Steuererhöhung! Kurzfristige Sparmassnahmen im Rahmen des Budgets bringen allein zu wenig. Sie lösen vor allem das Grundproblem nicht. Dringend nötig ist es vielmehr, die strukturellen Ursachen der Defizite gezielt anzupacken. D.h.: Es sind Gesetze zu ändern oder abzuschaffen, in denen dem Staat kostenträchtige Aufgaben übertragen sind, deren Erfüllung unter liberalen, ordnungspolitischen Gesichtspunkten nicht Sache des Staates ist.

Liberales Rahmenbedingungen: Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit und weniger Steuern schaffen das Wachstum, das die Schweiz zur Sicherung ihres Wohlstandes und ihrer Eigenständigkeit braucht!

Die FDP engagiert sich dafür, dass unsere Unternehmen wieder wachsen können. Wachstum schafft Wohlstand – daher: Mehr Freiheit, weniger Staat!

2. Mehr Selbstverantwortung, weniger Vollkaskoschutz!

Unser Sozialsystem trägt zur Wohlfahrt der Schweiz bei. Das Sozialsystem ist jedoch ein Auffangnetz und keine Hängematte. Je mehr das Auffangnetz beansprucht und missbraucht wird, desto mehr erlahmt die individuelle Selbstverantwortung. Das Sozialsystem muss entschlackt und wieder auf seinen Hauptzweck konzentriert werden: Auffangnetz für Benachteiligte, die ihr Auskommen aus eigener Kraft nicht schaffen.

Der Vollkasko- und Vollversorger-Staat macht sich immer breiter.

Der Staat will uns möglichst alle Sorgen abnehmen. Die Vielfalt an Sozialleistungen wird immer kostspieliger. Entsprechend nimmt die Belastung mit Steuern und Zwangsabgaben (v.a. für die Krankenkassen) laufend zu. Unersättlich frisst der Sozialstaat immer grössere Löcher in unserer Portemonnaie. Je mehr Lohn dem Staat zu opfern ist, desto weniger bleibt dem Einzelnen übrig. Weit verbreitet ist daher die Mentalität, man dürfe doch "auch einmal etwas davon haben". So werden die Sozialsysteme bis zur Neige ausgenutzt und ausgelaugt.

Nicht noch mehr Umverteilung. Die Finanzierung der grossen Sozialversicherungen – AHV und IV – ist auf absehbare Zeit nicht gesichert. Der Rentenaufwand nimmt zu, die Reserven dafür schwinden. Abstriche bei den Renten sind absehbar, ebenso höhere Arbeitgeberbeiträge und Lohnabzüge der Arbeitnehmer. Nun soll die Mehrwertsteuer dafür erhalten, was abzulehnen ist. Die weitere Einkommens- und Vermögensumverteilung muss gestoppt werden.

Die Reihenfolge der 1. und 3. Säule ist zu kehren! Die freiwillige, eigenverantwortliche Altersvorsorge muss wieder zur 1. Säule werden. Eigentlich wäre ja die AHV das Auffangnetz und somit die 3. Säule! Die persönliche Altersvorsorge muss wieder erheblich attraktiver und die Selbstverantwortung dafür belohnt werden.

Die 2. Säule muss wieder fit gemacht werden. Unsere Pensionskassen sind wegen der Überregulierung unsicher geworden. Mehr Markt und unternehmerische Selbstverantwortung sind ebenso das Gebot der Stunde wie der Abbau staatlicher Fesseln.

Sozialwerke sichern! Die Schere öffnet sich dramatisch: Immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte die AHV finanzieren. Und die IV

ist wegen Überbeanspruchung in bedrohlicher Schieflage. Beide Sozialwerke braucht es indessen. Es gilt nun, sie mit einem Gesamtkonzept von Grund zu sanieren und langfristig abzusichern. Der Aufwand dafür ist hoch. Das schliesst es im Gesamtinteresse aus, jetzt weitere kosten-trächtige Sozialsysteme zu errichten.

Lohnfortzahlung bei Mutterschaft arbeitsvertraglich absichern.

Über 80% der berufstätigen Frauen haben heute Anspruch auf 3 bis 4 Monate bezahlten Mutterschaftsurlaub. Die erkannten Lücken sind zu schliessen. Aber nicht mit einer neuen Sozialversicherung: Die Lohnfortzahlungspflicht ist im Obligationenrecht festzuschreiben – als Grundsatz und Basis für wettbewerbliche Lösungen. Damit fahren die Frauen besser als mit einer obligatorischen staatlichen Mutterschaftsversicherung nach dem Giesskannensystem, deren langfristige Finanzierung nicht gesichert ist und die weitere Steuergelder verschlingen wird.

Wachstum: Voraussetzung zur Sicherung der Sozialsysteme. Ohne Wachstum der Wirtschaft ist die Sicherung unserer Sozialversicherungen in Frage gestellt. Nur eine gesunde, Gewinne erzielende Wirtschaft vermag das Sozialsystem dauerhaft zu finanzieren.

Die FDP engagiert sich für ein langfristig gesichertes soziales Auffangnetz. Dafür braucht es Wachstum und Selbstverantwortung: Mehr Freiheit, weniger Staat!

3. Gesund bleiben und werden zu tragbaren Kosten!

Unsere Gesundheitsversorgung ist leistungsfähig und qualitativ sehr gut. Aber zu viel zu teuer! Schuld daran sind die obligatorische Krankenversicherung, die alles umschlingt und durchdringt, und die Planwirtschaft. Wettbewerb und Selbstverantwortung sind praktisch beseitigt, nahezu alles ist sozialisiert. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung erhält Staatsbeiträge, weil die Krankenkassenprämien jedes Jahr mehr Familien und einzelne Versicherte überfordern. Wirksame Korrekturen sind dringend!

Die Selbstverantwortung für die Erhaltung der persönlichen Gesundheit muss sich wieder lohnen. Die Sorge um die Erhaltung und

die Wiederherstellung der eigenen Gesundheit wird heute weitgehend auf die Allgemeinheit überwältzt. Die Folge: eine um sich greifende Anspruchs- und Vollkasko-Mentalität. Der Selbstbehalt der Versicherten ist zu gering, die Eintrittsschwelle der obligatorischen Krankenversicherung viel zu tief. Die Rückbesinnung auf die Grundidee tut not: Die Krankenversicherung muss wieder auf Leistungen konzentriert werden, deren Kosten das Individuum überfordern. Allein der Wegfall der unzähligen versicherten Bagatellfälle senkte die Kosten und die Prämien massiv. Es braucht wirksame Anreize, dass sich jedermann für seine Gesundheit wieder selbst verantwortlich fühlt und entsprechend handelt.

Die obligatorische Krankenversicherung muss wieder eine Grundversicherung sein. Die obligatorische Krankenversicherung soll nur noch Leistungen vergüten, die für die Behandlung von Krankheiten medizinisch notwendig sind. Diesen Grundbedarf soll im Krankheitsfall jedermann beanspruchen können. Wunschbedarf wie höherer Komfort im Spital gehört nicht zur Grundversicherung. Heute sind zu viele Leistungen obligatorisch versichert und werden ohne Notwendigkeit auf Kosten der Allgemeinheit konsumiert. Das Ziel muss sein, dass die obligatorische Krankenversicherung eine Grossrisiko-Versicherung ist, die den medizinischen Grundbedarf deckt. Die Prämien dafür wären erheblich tiefer. Wer sich wegen seines tiefen Einkommens diese Prämien nicht leisten kann, soll gezielt Sozialhilfe erhalten.

Unser Gesundheitssystem braucht wieder mehr Freiheit und Wettbewerb: Mehr Freiheit bringt mehr Selbstverantwortung – für alle: Gesunde und Patienten, Anbieter von Gesundheitsleistungen (Ärzte, Spitäler, Apotheker usw.) und Krankenversicherer. Mehr Wettbewerb ermöglicht die Vielfalt der Anbieter und des Angebotes. Wirksamer Wettbewerb zwingt zu strenger Kostenkontrolle und führt zu marktgerechten Preisen. Der Wettbewerb ermöglicht Preisvergleiche. Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringern und Versicherern ist die eine Voraussetzung dafür, die Abschaffung der Planwirtschaft im Spitalbereich die andere.

Mehr Wettbewerb statt Planwirtschaft in der Gesundheitsversorgung. Das Gesundheitssystem ist von Planwirtschaft und Zwangsverträgen geradezu durchsetzt. Der Staat plant öffentliche Spitäler ohne Zwang zur Rücksicht auf Konkurrenz und Überkapazitäten. So entsteht kein Kostenbewusstsein! Da die Versicherung und die Steuerzahler für fast alle Leistungen aufkommen müssen, "optimieren" Leistungserbrin-

ger und Versicherte, statt sich marktgerecht, d.h. preisbewusst und kostengünstig zu verhalten. Konsequenz: Alle Vertragszwänge sind abzuschaffen, für die Spitäler und die Ärzte. Die Leistungen der Spitäler sind ausschliesslich durch ihre Benutzer oder ihre Versicherungen zu bezahlen. Dadurch werden sie zu wettbewerbsorientierten Unternehmen, die sich mit guten Leistungen zu konkurrenzfähigen Preisen am Markt bewähren müssen. Das soll auch für die Ärzte und weitere Leistungserbringer in gleicher Weise gelten.

Mehr Solidarität statt Umverteilung. Die obligatorische Krankenversicherung ist keine echte solidarische Einrichtung, sonst wäre sie freiwillig. Sie funktioniert nach dem Prinzip der scheinbaren Gleichstellung aller Versicherten (einheitliche Prämien); sie hängt aber wesentlich von der Umverteilung von Einkommen und Vermögen ab. Was nicht über die Prämien bezahlt wird, begleicht der Steuerzahler: für Prämienverbilligungen für mehr als die halbe Bevölkerung, für mindestens die Hälfte der hohen Spitalpflegekosten, für die Investitionen in Spitalbauten und weitere Infrastrukturen usw. Im Gesundheitsbereich braucht es mehr echte Solidarität und weniger Umverteilung und Ausnützung der Allgemeinheit!

Weniger Grundversicherung, mehr Selbstverantwortung und Versicherungsfreiheit: Je gezielter die obligatorische Krankenversicherung auf medizinisch notwendige Leistungen und die Deckung von Grossrisiken ausgerichtet wird, desto stärker werden das Kostenbewusstsein und die Verantwortung für die eigene Gesundheit. Das fördert auch das Interesse, sich nach Bedarf und persönlichen Vorlieben freiwillig zusätzlich zu versichern. Das führt zu mehr freiwillig gewählter Solidarität – und weniger Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Die FDP engagiert sich für ein Gesundheitswesen, bei dem die Selbstverantwortung und die freie Wahl im freien Wettbewerb vorherrschen. Entsprechend ist die obligatorische Krankenversicherung auf das medizinisch Notwendige und Grossrisiken zu konzentrieren. Für ein qualitativ gutes und zugleich kostengünstiges Gesundheitswesen braucht es dringend

Mehr Freiheit, weniger Staat!

4. Eigentum garantieren und fördern!

Die Bundesverfassung garantiert das Eigentum. Im Zentrum steht das Wohneigentum. Staatliche Auflage und Steuerpflichten erschweren den Erwerb von Eigentum. Entsprechend – zu – tief ist die Grundeigentumsquote in der Schweiz. Das Wohneigentum muss sich wieder lohnen. Der Erwerb von Wohneigentum muss attraktiver werden.

Wohneigentum macht selbständig und verantwortlich. Wer eine Wohnung oder ein Haus besitzt, sorgt selbst für den Werterhalt seiner Liegenschaft. Die Einstellung zum bewohnten Raum ist damit eine positive. Diese Grundhaltung beeinflusst auf positive Weise die individuelle Haltung gegenüber dem Staat.

Bausparmodelle fördern nachhaltig das Eigentum und die Investitionen. Nicht alle können sich Wohneigentum leisten. Es könnten aber deutlich mehr sein – wenn sie der Staat nicht daran hinderte. Die Erfahrungen mit bestehenden Bausparmodellen sind durchwegs günstig: Die individuellen Steuervorteile verringern zwar die Einkommenssteuererträge. Dank Bausparmodellen ausgelöste Investitionen beleben jedoch die Wirtschaft – die so bewirkten neuen Steuererträge übertreffen die Ausfälle wegen der Abzüge der Bausparer erheblich.

Die FDP engagiert sich für eine langfristig erfolgreiche Eigentumsförderung. Dafür braucht es kluge Steuergesetze, nach dem Motto: Mehr Freiheit, weniger Staat!

5. Leistungsfähige Schulen, leistungsfördernde Bildung!

Der einzige Rohstoff der Schweiz ist Wissen und Können. Ein gutes, international führendes Bildungswesen ist der wichtigste Erfolgsgarant für unser Land.

Gezielt in die Bildung investieren. Die heutige Bildungspolitik stützt vor allem das Mittelmass; leistungsfähigere Schülerinnen und Schüler werden zu wenig gefördert. Hier muss die Bildungsreform ansetzen. Nö-

tig sind kluge, zielgerichtete und vorausschauende Investitionen in die Bildung und Forschung. Das sind Bausteine für die Zukunft der Schweiz. Gute Schulen eröffnen jungen Menschen die Möglichkeit, sich ihren Begabungen und Neigungen entsprechend auszubilden und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Mehr Gemeindeautonomie statt kantonaler Zwänge fördert den Leistungswettbewerb unter den Schulen.

Den Schweizer Rohstoff Bildung effizienter nutzen. Je besser unsere Ausbildung und unser Bildungssystem, desto grösser sind die Chancen für den Nachwuchs. Die Schulen müssen unsere Jungen auf die heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen vorbereiten. Sie müssen lernen, ihr Leben möglichst selbständig und eigenverantwortlich zu meistern. Dazu gehört auch das frühzeitige Erlernen des Englischen und der effiziente Einsatz der Informationstechnologie im Bildungsbereich: Beides ist heute unverzichtbar.

Bildungsangebot besser auf die individuellen Fähigkeiten ausrichten. Die Jungen sollen eine faire Chance haben, dank kluger und rechtzeitiger Selektion ohne Um- und Irrwege auf den für sie individuell geeigneten Bildungsweg zu kommen. Das Gymnasium soll der Elite reserviert sein, die sich für eine universitäre Bildung eignet. Dadurch werden die Sekundar- und Berufsschulen wieder attraktiver. Der Vorteil der Berufslehre im Betrieb ist zu wahren und durch angemessene Modernisierung zu sichern.

Bildungsangebot besser auf die Lebensgewohnheiten ausrichten. Viele Berufstätige und Alleinerziehende sind auf geeignete Schulstundenpläne (Blockzeiten) und ausserschulische Betreuungsangebote angewiesen. Solche Angebote sollen auf privater Basis geschaffen und finanziert werden. Für die Betreuungsangebote sind Voraussetzungen für die Selbsthilfe zu schaffen. Sie sind in erster Linie durch Beiträge der Nutzniesser zu finanzieren. Staatliche Förderung ist gezielt nur dort vorzusehen, wo die Angebote sonst nicht zustande kommen, staatliche Beihilfe nur dort, wo Hilfsbedürftige das Angebot sonst nicht nutzen können.

Mehr Wettbewerb im Universitäts- und Hochschulbereich. Falsch verstandener lokaler Ehrgeiz und entsprechende Fehlplanung haben dazu geführt, dass die akademischen Lehranstalten immer höhere Kosten verschlingen und ihre Effizienz abnimmt. Nicht mehr alle Universitäten müssen alles anbieten. Im internationalen Wettbewerb müssen die

Kräfte und das Angebot konzentriert werden, mit dem Ziel, wieder zu den Besten zu gehören. Eliteförderung tut not und bringt Erfolg. Das akademische Hochschulangebot ist mit den Fachhochschulen besser abzustimmen und zu koordinieren.

Die FDP engagiert sich für unseren stärksten Trumpf: die solide Ausbildung. Dafür braucht es umfassende Bildungsreformen, mit Mehr Freiheit, weniger Staat!

6. Forschung fördern, Chancen geben, Zukunft sichern!

In der Forschung und Entwicklung ist die Schweiz Weltspitze. Das gilt für die universitäre Grundlagenforschung wie für die Innovationsleistungen der Unternehmen. Diese Stärke ist zu fördern. Forschungsfeindliche Tendenzen sind zu bekämpfen.

Innovation erleichtern: Der Erfolg unserer Unternehmen – ob gross und multinational, ob klein, aber fein – liegt in der Innovation begründet. Nur erfolgreiche Forschung und Entwicklung sichern, dass die von unseren Unternehmen angebotenen Produkte und Dienstleistung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Neue Unternehmen – start ups – sollen faire Bedingungen haben, um auch mit bescheidenen Möglichkeiten einen hohen Einsatz leisten zu können. Das bedingt tiefe administrative Hürden, aber auch Spielräume für attraktive, steuerbegünstigte Finanzierungen.

Forschungsfreundliche Rahmenbedingungen: Unsere Forschung – an den Hochschulen und in den Unternehmen – muss ihren Weltrang halten und festigen können. Zukunftsorientierte Technologien, so vor allem im Gentechnik- und Nanobereich, sollen in der Schweiz möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen haben. Der Forschungsplatz Schweiz muss gezielt aufgewertet werden; unnötige administrative Hürden und Kontrollen, die zur Sicherheit nichts beitragen, sind zu beseitigen.

Jeden 2. Franken verdient die Schweiz im Export. Je innovativer und damit erfolgreicher unsere Unternehmen – KMU und international tätige Grossbetriebe – sein können, desto eher tragen sie zum Wohlstand und

zur Sicherung unserer Sozialwerke bei. Je geringer die administrativen Hürden für Investitionen in Forschung und Entwicklung, desto grösser auch die Chancen auf den ausländischen Märkten.

Die FDP engagiert sich für eine weitsichtige, liberale Forschungspolitik. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen und Mehr Freiheit, weniger Staat!

7. Liberale Anreize zum Schutz der Umwelt!

Der Schweizer Umweltschutz ist eine Erfolgsgeschichte – dank massvollen Gesetzen, hoher unternehmerischer Selbstverantwortung und vorbildlichem Verhalten des Publikums. Mit marktwirtschaftlichen Anreizen ist dieses Verhalten weiter zu fördern.

Umweltschutz ist eine Frage der Einstellung. Wie sonst nirgends hat sich beim Schutz der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – Boden, Wasser, Luft – gezeigt, dass Markt und Überzeugungsarbeit besser sind als staatlicher Zwang. Marktwirtschaftliche Anreize, sein Verhalten auf den langfristig ausgerichteten Schutz der natürlichen Umwelt auszurichten, sind zu fördern und ungeeignete Staatseingriffe abzubauen. Umweltschutz muss sich lohnen – für alle am Markt Beteiligten.

Verhaltensänderung über Lenkungsabgaben. Wettbewerbliche Instrumente und auf die Eigenverantwortung zielende Anreize sind erfahrungsgemäss sehr wirksam, um zur Lösung erkannter Umweltprobleme zu gelangen. Lenkungsabgaben funktionieren aber nur, wenn sie nicht fiskalisch missbraucht werden: Ihr Ertrag muss vollumfänglich wieder der Bevölkerung zu Gute kommen.

Mehr Markt in der Energiewirtschaft. Die Energieversorgung muss dem freien Wettbewerb übergeben werden. Nur so wird den Geboten der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes bestmöglich und nachhaltig gedient.

Die FDP engagiert sich für eine liberale, die Selbstverantwortung fördernde Umweltpolitik. Dafür braucht es geeignete Anreize, für: Mehr Freiheit, weniger Staat!

8. Flüssiger Privatverkehr, attraktiver öffentlicher Verkehr!

Unsere Wirtschaft braucht funktionstüchtige Verkehrswege. Als Land im Herzen Europas und von hohem touristischem Reiz braucht die Schweiz eine gute Verkehrsinfrastruktur – auf der Strasse und Schiene, auf dem Wasser und in der Luft.

Strassennetz verbessern und unterhalten: In den Städten und Agglomerationsgemeinden droht der Verkehrsinfarkt. Zu lange wurde der öffentliche Verkehr bevorzugt. Er ist heute gut ausgebaut, bleibt aber nur attraktiv, wenn er stets zuverlässig, leistungsfähig, sauber und sicher ist. Prioritär sind nun die Strassenverbindungen zu verbessern. Die Städte brauchen Umfahrungsstrassen zur Aufwertung der Zentren. Transit- und Entlastungsachsen sind dringend nötig. Investitionen dafür sollen auch mit privaten Mitteln möglich werden.

Finanzen richtig einsetzen statt umverteilen: Die Verkehrspolitik krankt daran, dass immer mehr Steuermittel in den öffentlichen Verkehr (eine heilige Kuh!) gesteckt werden – dessen Nutzung und Rentabilität laufend zurück geht. Der öffentliche Waren- und Personenverkehr muss viel stärker dem Wettbewerb ausgesetzt werden. Die vom Privatverkehr mit Treibstoff- und Verkehrsabgaben aufgebracht Mittel sind in den Unterhalt und die Schaffung von Infrastrukturen des Strassenverkehrs und nicht weiter in den öffentlichen Verkehr zu investieren. Die freie Wahl der Verkehrsmittel ist zu gewährleisten – in einem möglichst freien Markt, der nicht weiter mit fehlgeleitetem Einsatz von Steuergeldern verzerrt werden darf.

Verkehrsbehinderungen schaden der Volkswirtschaft und der Umwelt. Verkehrsstaus belasten die Luft und schaden der Volkswirtschaft. Verlorene Arbeitsstunden wegen vermeidbarer Verkehrsbehinderungen benachteiligen die Unternehmen erheblich.

Öffentlichen Verkehr attraktiver machen. Schmutzige, unsichere Bahnwagen sind so wenig attraktiv wie Züge, die wegen technischer oder organisatorischer Mängel ausfallen, besonders zu Stosszeiten. Der in der Schweiz hervorragend ausgebaute öffentliche Verkehr darf nicht durch Nachlässigkeit unattraktiv und unsicher werden. Saubere, gepflegte Bahnwagen und Bahnstationen sind ebenso wichtig wie pünktliche Verbindungen. Erstklasswagen müssen wieder den höheren Qualitäts- und Komforterwartungen entsprechen.

Wirtschaft und Tourismus brauchen attraktive Flugverbindungen: Die Schweiz und speziell der Wirtschaftsraum Zürich brauchen einen leistungs- und international wettbewerbsfähigen Zürcher Flughafen. Für seine Funktion braucht er verlässliche Rechtsgrundlagen und zukunftsgerichtete, möglichst freiheitliche Rahmenbedingungen. Das Fluglärmproblem ist auf geeignete, verhältnismässige Weise zu lösen – entsprechend den international dafür geltenden Regeln und dem Schweizer Raumplanungsrecht.

Die FDP engagiert sich für flüssigen Strassenverkehr und sichere, attraktive öffentliche Verkehrsmittel: Funktionierende Mobilität dank Mehr Freiheit, weniger Staat!

9. Migrationspolitik mit Augenmass und Verstand!

Die Schweiz ist von jeher ein Einwanderungsland. Und sie hat davon profitiert! Aber nicht jeder Einwanderer hat lautere Absichten oder ist ein Flüchtling in Not.

Die Schweiz: erfolgreich dank Ausländern. Der Ausländeranteil in der Schweiz ist mit 20% hoch. Der volkswirtschaftliche Beitrag dieser Bevölkerungsgruppe ist entsprechend von Bedeutung – auf allen Bildungsstufen und in allen Bereichen der Wirtschaft. Ohne Ausländer wäre die Schweiz nicht auf dem hohen Niveau, dessen sie sich erfreut.

Nicht alle Asylsuchenden sind echte Flüchtlinge. Personen, die ihrem Heimatland wegen kriegerischer oder anderer aussergewöhnlicher Ereignisse zu Flüchtlingen wurden, sollen nach international vereinbarten Regeln zu ihrem Recht kommen. Asylmissbrauch muss der Riegel geschoben werden. Bund, Kantone und Gemeinden müssen gemein-

sam gewährleisten, dass die klare Rechtsordnung konsequent durchgesetzt wird. Es ist mit geeigneten Sanktionen sicher zu stellen, dass jede Stufe ihre Verantwortung tatsächlich wahrnimmt.

Integrieren, nicht absondern. Ausländern ist die Integration in unsere Gesellschaft angemessen zu erleichtern. Eingewanderte, die sich erkennbar unseren Lebensgewohnheiten anpassen und sich auch sprachlich integrieren, sollen auf Gesuch hin in einem fairen, rechtsstaatlich korrekten Verfahren eingebürgert werden.

Die FDP engagiert sich für eine menschliche Migrationspolitik, die Integrationswilligen Einwanderern und echten Flüchtlingen die Tür öffnet, dem Asylmissbrauch jedoch den Riegel schiebt, auch hier mit dem Ziel: Mehr Freiheit, weniger Staat!

10. Bessere Chancen für Freiwilligenarbeit und Milizsystem!

Kein Land kennt mehr Milizarbeit als die Schweiz – einer unserer Erfolgsfaktoren!

Der freiwillige Einsatz für die Gesellschaft ist unentbehrlich. Dank Miliz und freiwilligen Diensten kommt das Wissen und Können Einzelner der Allgemeinheit zugute. Die ehrenamtliche Tätigkeit in kulturellen Vereinen, Sportorganisationen, politischen Parteien fördert den Zusammenhalt und entlastet letztlich den Staat von Aufgaben, die ihm sonst überbunden würden.

Milizerfahrung ist ein Lebensnerv für eine funktionierende direkte Demokratie. Miliztätigkeit lehrt Selbstverantwortung und fördert das Verständnis für Benachteiligte. Sie fördert das Interesse am demokratischen Gestalten des Gemeinwesens und die Mitverantwortung dafür.

Miliz verdient Respekt und Anerkennung. Angemessene Steuerabzüge sind ein Anreiz, sich freiwillig in sozialen und andern Bereichen zu engagieren. Attraktive Milizmodelle sind der bessere Weg, als alles der Allgemeinheit, dem Staat zu überlassen. Angemessene Steuerabzüge

sind ein Anreiz, sich freiwillig in sozialen und andern Bereichen zu engagieren. Attraktive Milizmodelle sind der bessere Weg, als alles der Allgemeinheit, dem Staat zu überlassen. Schon kleine Steuernachlässe können dazu beitragen, den Aufwand der öffentlichen Hand, vor allem im Sozialbereich, zu entlasten.

Die FDP engagiert sich für die Förderung von Freiwilligenarbeit, Miliztätigkeit und Gemeinsinn. Das verdient Anerkennung, denn es bringt Mehr Freiheit, weniger Staat!

11. Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum!

Unordnung und Schmutz auf Strassen, Schmierereien an Fassaden und Vandalismus in öffentlichen Anlagen führen zu Verslumung und begünstigen die Kleinkriminalität.

Die Schweiz ist bekannt für ihre Sicherheit und Sauberkeit. Diese vor allem von Touristen und Geschäftsleuten geschätzte Qualität ist hochzuhalten. Das u.a. in New York erfolgreiche Prinzip, wonach jede eingeschlagene Scheibe umgehend zu ersetzen und jede verschmierte Wand umgehend zu säubern ist, muss auch bei uns konsequent verfolgt werden. So wird dem verbreiteten Vandalismus und Unsicherheitsgefühl wirksam Einhalt geboten.

Polizeipräsenz sicherstellen. Eine zuverlässige und zweckmässige Polizeiorganisation, die spürbare Polizeipräsenz in Zentren, Wohn- und Wirtschaftsgebieten sowie entsprechende Überwachung in den öffentlichen Verkehrsmitteln fördert und erhält das Vertrauen des Publikums. Dazu gehört die wirksame Aufklärung zur Vorbeugung von Kriminalität.

Die FDP engagiert sich für saubere und sichere Gemeinwesen, öffentliche Anlagen und Verkehrsmittelwege, mit dem Ziel: Mehr Freiheit, weniger Staat!